



## PRESSEMITTEILUNG

gemeinsam mit:



Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte  
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg  
Keithstraße 1–3, 10787 Berlin

<http://berlin-brandenburg.dgb.de/beratung/eb>

### **Arbeitsausbeutung auf der Mall of Berlin: Notfonds der Stiftung hilft gemeinsam mit dem DGB-Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte**

Das eine Milliarde teure Einkaufszentrum Mall of Berlin am Leipziger Platz eröffnete mit Glanz und Glamour für die Kunden. Das gilt aber nicht für die Arbeitnehmer, die den Bau unter Zeitdruck fertigstellten. Zwei Baufirmen stehen im öffentlichen Fokus, 18 aus Rumänien stammenden Beschäftigten nur einen Bruchteil ihrer Löhne ausgezahlt zu haben, 33.000 Euro sollen ausstehen. Die Berliner Medien, u.a. Tagesspiegel, Berliner Zeitung und rbb berichteten über den Fall. Das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte des DGB hat sich der Arbeiter angenommen.

Einige der Betroffenen sind, um der Obdachlosigkeit zu entgehen in die Heimat zurückgekehrt, da ihnen das Geld für Miete und Essen fehlte. Ein Arbeiter konnte nur mit Hilfe des Notfonds der Eberhard-Schultz-Stiftung nach Hause reisen. Andere Arbeiter harrten aus und demonstrierten vor der Mall of Berlin für ihre Würde, Gerechtigkeit und die ausstehenden Löhne.

Arbeitssenatorin Dilek Kolat sagte: „Es wäre eine Schande für unsere Stadt, wenn Bauarbeitern monatelang der Lohn vorenthalten wird.“ Die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg und Kuratoriumsvorsitzende unserer Stiftung, Doro Zinke forderte, die Löhne unverzüglich auszuzahlen, es sei menschenunwürdig, wenn Beschäftigte ihrem Lohn nachlaufen müssten. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ermittelt, das DGB-Büro hat einen Teil der ausstehenden Löhne bei dem Generalunternehmer geltend gemacht, bisher ohne Erfolg.

Die **Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation** hat wie schon in früheren Fällen (vgl. Pressemitteilungen auf der Homepage der Stiftung) auch hier schnell und unbürokratisch mit einer finanziellen Unterstützung geholfen. „*Wir begrüßen die kritisch-engagierte Berichterstattung in den Medien. Dieser erschütternde Fall zeigt erneut, wie wichtig es ist, die sozialen Menschenrechte – hier das Recht auf Arbeit, angemessenen Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen – als individuell einklagbare Rechte in Deutschland, der EU und weltweit zu verankern*“, so Eberhard Schultz, der Gründer und Vorsitzende der Stiftung, der um Spenden auf das Konto der Stiftung mit dem Stichwort „Notfonds“ bittet:

**IBAN DE69 1005 0000 1060 9716 20 BIC BELADEBEXXX**

Berlin, 4. Dezember 2014